

RUNDSCHREIBEN NR. 1

An die Verteilerliste

Prot. Nr. 51244  
Bozen, 31.1.2011Bearbeitet von:  
Dr. Paolo Zambotto / mm  
Tel. 0471 63 51 00  
vet@provinz.bz.it**Verwaltungsübertretungen, die keine irreversiblen Schäden bewirken**

In der Provinz Bozen ist die Anwendung der Verwaltungsstrafen bekanntlich durch das Landesgesetz (L.G.) vom 7. Jänner 1977 Nr. 9 in geltender Fassung geregelt. Zwecks Anwendung legen wir bei dieser Gelegenheit eine aktuelle Version des L.G. bei (Anlage 1).

Gemäß Artikel 1 des L.G. Nr. 9/1977 kommt dieses für **alle Verwaltungsstrafen** zur Anwendung, die von jenen Landes-, Staats- oder Regionalbestimmungen vorgesehenen sind, welche laut den Artikeln 105 und 106 des D.P.R. vom 31. August 1972 Nr. 670 über die "Genehmigung des vereinheitlichten Textes der Verfassungsgesetze, die das Sonderstatut für Trentino-Südtirol betreffen" anwendbar sind und somit in den Zuständigkeitsbereich der Autonomen Provinz Bozen fallen oder an diese übertragen wurden. Unter diese Bestimmungen fallen sowohl die Landwirtschaft und die Tierzucht (Artikel 8 des D.P.R. Nr. 670/1972) als auch der Handel und die Hygiene und Gesundheit (Artikel 9 des D.P.R. Nr. 670/1972), folglich auch die öffentliche Gesundheit im Veterinärbereich.

Zudem sollte nicht verschwiegen werden, dass diese zugeschriebenen Bereiche wiederum durch das Verfassungsgesetz vom 18. Oktober 2001 Nr. 3 erweitert wurden, das durch Abändern des Titel V der Italienischen Verfassung die Verteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Regionen erneut festgelegt hat. Dabei sieht das Verfassungsgesetz Nr. 3/2001 in Artikel 10 vor, dass seine Bestimmungen, bis zur Anpassung der jeweiligen Statute, auch für die Regionen mit Sonderstatut und die autonomen Provinzen Trient und Bozen Anwendung finden, und zwar in jenen Bereichen, in denen das Verfassungsgesetz diesen weitschichtigere Autonomien zugestanden hat.

Bekanntlich hat der Italienische Gesetzgeber bereits im fernen Jahr 1997 mit dem LegID. Nr. 155/1997 (unser Rundschreiben Nr. 23/1997), aber auch in jüngerer Zeit z. B. mit Artikel 6 Absatz 7 des LegID Nr. 193/2007 (unser Rundschreiben Nr. 4/2008) für bestimmte Tatbestände vorgesehen, dass, bevor man zur Vorhaltung schreitet, mittels einer Art "Mahnung" Anweisungen erteilt werden, und das feststellende Organ erst bei nicht erfolgter Anpassung an diese Anweisungen mit dem Vorhalten der Verwaltungsübertretung fortfährt. Auf diese Weise hat der Italienische Gesetzgeber den Kontrollorganen ein vorzügliches Druckmittel bereitgestellt, um die Einhaltung der Bestimmungen durch die Betroffenen zu erwirken, welche erst bei Ignorieren des Aufrufs zur Anwendung der Bestimmungen bestraft werden müssen.

Wie der Italienische Gesetzgeber wollte auch der Landesgesetzgeber mit Artikel 21 des L.G. vom 23. Juli 2007 Nr. 6 den auf dem Landesgebiet tätigen feststellenden Organen ein wirksames Mittel zum Überzeugen der Betroffenen bieten, indem im Text des L.G. Nr. 9/1977 der Artikel 4bis eingefügt wurde. Zum Zweck der Anwendung verweisen wir auf dessen aufmerksame Lektüre.





Dieser Artikel 4bis sieht vor, dass das feststellende Organ bei Verwaltungsübertretungen, die keine irreversiblen Schäden bewirken, nicht sofort mit der Vorhaltung fortfährt, sondern im Feststellungsprotokoll die vorgefundenen Übertretungen festhält, Anweisungen zur Anpassung an die verletzten Vorschriften erteilt und auch die Frist für die Anpassung festlegt. Die Strafe kann nur dann verhängt werden, wenn der Übertreter sich nicht innerhalb der festgesetzten Frist den erteilten Anweisungen fügt.

Es wird hervorgehoben, dass das Verhängen der Strafe erst durch das Ausstellen des Bußgeldbescheids erfolgt, also nur durch das hierfür zuständige Organ, während die vorausgehenden, vom feststellenden Organ durchgeführten Phasen die Feststellung und Vorhaltung der Übertretung beinhalten, aber nicht die Verhängung der Strafe an sich. Wir erinnern daran, dass derzeit, gemäß Artikel 7 des L.G. Nr. 9/1977 sowie gemäß Artikel 4 Absatz 5 Buchstaben b) und f) des L.G. Nr. 3/1983, in der Provinz Bozen der Landestierärztliche Dienst das zuständige Organ für das Verhängen von Strafen bei Übertretungen des Artikel 672 StGB (Unterlassene Obhut von Tieren) sowie für alle anderen auf dem Gebiet der Provinz Bozen vorgehaltenen Übertretungen im tierärztlichen Bereich ist. Diese allgemeine Regel beinhaltet eine einzige Ausnahme, und zwar ist das Veterinäramt für EU-Angelegenheiten von Trentino-Südtirol (UVAC) das zuständige Organ für das Verhängen der Strafe bei Übertretungen gemäß Artikel 13bis des LegID. vom 30.01.1993 Nr. 28 sowie für jene Strafen, die sich gemäß Artikel 12 Absatz 3 del LegID. vom 25.07.2007 Nr. 151 auf innergemeinschaftliche Tiertransporte oder Tiertransporte zu Drittländern beziehen. **Auch das UVAC ist aufgrund des Geltungsbereichs des L.G. Nr. 9/1977 (Artikel 1 Absatz 1) und wegen des Territorialitätsprinzips in der Anwendung von Normen dazu verpflichtet die Abläufe gemäß L.G. Nr. 9/1977 und der entsprechenden Durchführungsverordnung anzuwenden.**

Die in den 60 Tagen ab Vorhaltung zulässige Zahlung im herabgesetzten Ausmaß ist eine rechtliche Institution, die von der Abgeltung im Strafrecht abgeleitet ist und die Übertretung tilgt. Diese Zahlung ist für den Übertreter eine Art "Ausweg", um sicherzustellen, dass die seinen Fall beurteilende Behörde sich dieses nicht annimmt, weil diese Behörde ansonsten die Möglichkeit hätte, eine Geldstrafe bis hin zum Höchstbetrag zu verhängen.

Sollte der Übertreter in den fünf Jahren nach der Ermittlung dieselbe Vorschrift verletzen, verhängt das zuständige Organ unmittelbar die Strafe, sei es jene infolge der zuletzt festgestellten Verletzung, sei es jene infolge der vorhergehenden, welche mit der Einhaltung der erteilten Anweisungen endete.

Auf diese eventuell doppelte Strafe muss im Vorhaltungsprotokoll der Übertretung hingewiesen werden.

Mit der Durchführungsverordnung zum L.G. Nr. 9/1977 ist geplant die Verwaltungsübertretungen festzulegen, die keine irreversiblen Schäden bewirken (Artikel 4bis, Absatz 1). Eigentlich wurde vom Landesgesetzgeber nach Inkrafttreten des genannten Artikel 4bis bereits eine Reihe solcher Verwaltungsübertretungen aufgelistet, davon betraf jedoch keine den tierärztlichen Sektor. Daher erachtete man es als unnötig, Sie von der Liste in Kenntnis zu setzen. Nun wurde das Dekret des Landeshauptmanns (D.L.H.) vom 27 Oktober 2010 Nr. 39 (Anlage 2) verabschiedet, das im Amtsblatt der Region vom 30.11.2010 veröffentlicht wurde und am 15.12.2010 in Kraft getreten ist. Daraufhin wurde vom Generaldirektor dieser autonomen Provinz das erläuternde Rundschreiben Nr. 14 vom 15.12.2010 veröffentlicht (Anlage 3).

Laut Artikel 1 des genannten D.L.H. Nr. 39/2010 gelten für unseren Zuständigkeitsbereich "Übertretungen, die vermögensrechtliche oder nicht vermögensrechtliche Schäden verursachen können, in Form biologischer, existenzieller oder moralischer Schäden", als Verwaltungsübertretungen, die irreversible Schäden bewirken. Zugleich wird bestimmt, dass alle sonstigen Übertretungen keine irreversiblen Schäden bewirken. Der Landesgesetzgeber hat somit allgemein bestimmt, dass die Verwaltungsübertretungen keine irreversible Schäden bewirken und dass nur jene "Übertretungen, die vermögensrechtliche oder nicht vermögensrechtliche Schäden verursachen können, in Form biologischer, existenzieller oder moralischer Schäden", Gegenstand einer sofortigen Vorhaltung sein müssen.

Aufgrund der immensen Zahl an nationalen und gemeinschaftlichen Bestimmungen im Veterinärbereich (man denke bloß an das Veterinärpolizeireglement – D.P.R. Nr. 320/1954, das



nur eine von tausenden geltender Bestimmungen im Veterinärbereich darstellt und aus 165 Artikeln besteht, wobei jeder davon mehrere Bestimmungen enthält, die übertreten werden können) und aufgrund ihrer ständigen und schnellen Entwicklung vor allem in Brüssel und nachdem für jede Bestimmung ein Gebot besteht und folglich eine mögliche Übertretung, ist es unmöglich eine detaillierte Auflistung der "Übertretungen, die vermögensrechtliche oder nicht vermögensrechtliche Schäden verursachen können, in Form biologischer, existenzieller oder moralischer Schäden" zu erstellen. Im Anschluss an das vorliegende Rundschreiben befindet sich daher eine zwangsläufig unvollständige Liste der häufigsten Übertretungen im Veterinärbereich, die, nach Meinung dieses Dienstes, im Zuge der ersten Vorhaltung mittels Anweisungen oder mittels raschen Einholens der vorgesehenen Informationen "bereinigt" werden können, gemeinsam mit den Hauptbezugsnormen.

Ein auf dem Gebiet der Provinz Bozen tätiges feststellendes Organ muss sich folglich, ab Inkraft-Treten des D.L.H. Nr. 39/2010, ehe es ein Vorhaltungsprotokoll verfasst, **IMMER** die Frage stellen, ob der vorzuhaltende Tatbestand als Übertretung, die eine Anpassung an die übertretene Bestimmung zulässt, wie vom genannten D.L.H. geregelt wird oder nicht. Nur wenn die Übertretung irreversible Schäden verursachen **kann** erfolgt die sofortige Vorhaltung. Ist das feststellende Organ der Meinung, die übertretene Bestimmung falle unter jene, welche die sofortige Vorhaltung vorsehen, vor allem wenn das gesetzeswidrige Verhalten unter jenen im Anschluss an dieses Rundschreiben aufgelisteten ist, **MUSS** es in jedem Fall **im Protokoll die Gründe festhalten, deretwegen es diese Entscheidung getroffen hat**, damit das mit dem Verfassen des Bußgeldbescheids beauftragte Organ eventuell die Schlüsse des feststellenden Organs teilen kann und die Folgegebung der Strafe beschließen kann, ohne sie archivieren zu müssen. Sollte das feststellende Organ hingegen für einen Tatbestand die Vorschrift anwenden, dass sich der Betroffene an die übertretenen Bestimmungen anpassen soll, so obliegt es in der Regel demselben feststellenden Organ die anschließende Anpassung des Betroffenen an die erteilten Anweisungen zu überprüfen. Klarerweise ist es bei zufällig erfolgten Feststellungen, wie jenen die beispielsweise auf der Straße erfolgen, für das feststellende Organ sehr unwahrscheinlich die gleiche Person nochmals anzutreffen, aber es kann auf jeden Fall diesem Landestierärztlichen Dienst eine Kopie der getätigten Feststellung übermitteln, damit zulasten des Betroffenen ein Akt eröffnet werden kann in Erwartung etwaiger bereichsspezifischer Rückfälligkeiten innerhalb der fünf darauf folgenden Jahre.

Falls ein feststellendes Organ eine sofortige Vorhaltung ausstellt, die Übertretung jedoch in die Handhabung dieser Art "Mahnung" hätte fallen sollen, so ist klar, dass das Vorhaltungsprotokoll selbst mit einer Verfahrenswidrigkeit behaftet ist, die unausweichlich zur Archivierung des Vorhaltungsprotokolls führt. Sollte dies geschehen und ein Vorhaltungsprotokoll aus Verfahrensgründen archiviert werden, so berücksichtigt der Landestierärztliche Dienst dieses erste Vorhaltungsprotokoll trotzdem im Falle einer spezifischen Rückfälligkeit innerhalb den darauf folgenden fünf Jahren als Mahnung gegenüber dem Betroffenen.

Natürlich ist die sofortige Vorhaltung bei Feststellen von vermögensrechtlichem oder nicht vermögensrechtlichem Schaden, wie z.B. wenn streuende Tiere Unfälle verursachen, wenn bissige Hunde andere Tiere oder Personen töten oder verletzen oder im Falle des Einstellens eines sich später als von einer der Pflichtprophylaxe unterworfenen Krankheit befallenen herausstellenden Tieres, auszustellen.



### ANWENDUNGSBEISPIELE:

Die nachfolgend aufgelisteten Übertretungen sind NUR DANN als nicht irreversible Schäden bewirkend anzusehen, wenn sie in relativ kurzer Zeit bereinigt werden können. Die aufgelisteten Bestimmungen müssen in ihrer geltenden Fassung gelesen werden.

<i>Gesetzeswidriges Verhalten</i>	<i>Übertretene Bestimmungen</i>
1. Fehlende oder verspätete Kennzeichnung von Tieren – fehlende oder verspätete Meldung der Tierverlegung an die zuständige Behörde – fehlende oder verspätete Eintragung in die vorgesehenen Register	Dekret des Landesveterinärdirektors (DLVD) vom 22.06.2001 Nr. 18/2480 (Rinderkennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von Rindfleisch) – DLVD vom 05.05.2003 Nr. 31.12/86.31/1320 (Hundekennzeichnung) – DLVD vom 08.11.2005 Nr. 31/1996 (Register für Tierhandlungen, -pensionen, -salons und -ausbildungszentren in Anwendung des Staat-Regionen-Abkommens vom 06.02.2003) – DLVD vom 29.05.2008 Nr. 31.12/295281 (Kennzeichnung von Schweinen, Schafen, Ziegen und Equiden) – Gesetz vom 04.11.2010 Nr. 201 (Ratifizierung der Straßburger Konvention), Art. 5
2. Fehlen der sanitären Begleitdokumente der Tiere für das Einstellen in einen Betrieb, eine Sammelstelle oder einen Schlachthof, sofern die Dokumente oder die darin enthaltenen Informationen eingeholt werden können	D.P.R. Nr. 320/1954, Veterinärpolizeireglement, Art. 31 – DLVD vom 29.12.1995 Nr. 46/2655 (Vorbeugung der IBR) – DLVD vom 09.03.1999 Nr. 32/745 (Vorbeugung von Aujeszky) – DLVD vom 31.07.2001 Nr. 35/2766 (Vorbeugung von Fischkrankheiten) – DLVD vom 21.04.2004 Nr. 32/800 (Vorbeugung der Rindertuberkulose, -brucellose, und -leukose sowie der Schaf- und Ziegenbrucellose) – DLVD vom 22.10.2007 Nr. 351624 (Vorbeugung der CAE) – DLVD vom 10.03.2009 Nr. 31.12/136762 (Vorbeugung der BVD) – DLVD vom 14.12.2009 Nr. 31.12/712466 (Vorbeugung gegen Tollwut) – M.V. vom 06.08.2010 (Vorbeugung gegen die infektiöse Anämie der Equiden)
3. Übertretungen der Tierhaltungsbestimmungen	Anhang zum L.G. vom 15.05.2000 Nr. 9 (Tierschutz) und D.L.H. vom 11.07.2005 Nr. 31 (Durchführungsverordnung zum L.G.)
4. Regelwidrigkeit in den Unterlagen für den Tiertransport	Verordnung (EG) Nr. 1/2005 (Tierschutz während des Transports) – LegID. vom 27.05.2007 Nr. 151 (Strafen zur Verordnung (EG) Nr. 1/2005)
5. Regelwidrigkeit in den Unterlagen für die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002	LegID. vom 21.02.2005 Nr. 36 (Strafen für Übertretungen der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002)
6. Regelwidrigkeit in der Eintragung der Tierarzneimittel	LegID. vom 06.04.2006 Nr. 193 (Gemeinschaftskodex für Tierarzneimittel)
7. Mängel in der Futtermittel- und	Verordnung (EG) Nr. 178/2002 (Grundsätze

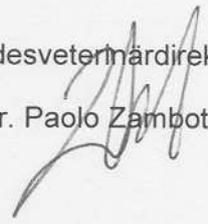


- |   |   |
|---|---|
| Lebensmittelrückverfolgbarkeit  | des Lebensmittelrechts), Art. 18 – LegID. vom 05.04.2006 Nr. 190 (Strafen für die Übertretung der Verordnung (EG) Nr. 178/2002) |
| 8. Hygienische, strukturelle oder Unterlagen betreffende Mängel gegenüber dem Hygienepaket                        | LegID. vom 06.11.2007 Nr. 193 (Strafen zum Hygienepaket)  |
| 9. Übertretungen in der Lebensmitteletikettierung   | LegID. vom 27.01.1992 Nr. 109 (Lebensmitteletikettierung)   |
| 10. Übertretungen in der Direktvermarktung landwirtschaftlicher Produkte – fehlende Meldung der Hausschlachtungen | Artikel 1 und 5sexies des L.G. vom 14.12.1999 Nr. 10 und D.L.H. vom 26.09.2008 Nr. 52 (Durchführungsverordnung zum L.G.)        |

**Wir wissen wohl, dass das Thema hiermit nicht hinreichend erörtert wurde. Es wird Gegenstand baldiger spezifischer Treffen mit den feststellenden Organen sein,** damit eine homogene Anwendung gewährleistet ist. Wir stehen Ihnen für weitere Informationen gerne zur Verfügung.

Der Landesveterinärdirektor

- Dr. Paolo Zambotto -



#### **Anlagen**

1. L.G. Nr. 9/1977 in geltender Fassung
2. D.L.H. Nr. 39/2010
3. Rundschreiben des Generaldirektors dieser Provinz Nr. 14 vom 15.12.2010

**Verteilerliste**

An den Direktor des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs  
Bozen

An den geschäftsführenden Verantwortlichen des Bereiches Tiergesundheit des tierärztlichen  
Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs  
Bozen

An die Koordinatoren der Gesundheitsbezirke des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler  
Sanitätsbetriebs  
In ihren Sitzen

An die bediensteten Tierärzte des tierärztlichen Dienstes des Südtiroler Sanitätsbetriebs  
In ihren Sitzen

An das Veterinäramt für EU-Angelegenheiten von Trentino-Südtirol  
Sterzing

An das Carabinierikommando NAS  
Trient

An das Carabinierikommando NOE  
Trient

An das Hauptinspektorat „Repressione Frodi“  
S. Michele All'Adige (TN)

An die Landeskompanie der Carabinieri  
Bozen

An die Verkehrspolizeiabteilung Bozen  
Bozen

An das Finanzpolizeikommando  
Bozen

An alle Gemendepolizeiämter der Gemeinden Südtirols  
In ihren Sitzen

An das Labor für Lebensmittelanalysen 29.7  
Im Hause

An das Institut für Tierseuchenbekämpfung der Venetien – komplexe Struktur des Einzugsgebiets  
Bozen  
Bozen

Zur Kenntnis:

An die Staatsanwaltschaft Bozen  
Bozen



An die Abteilung 31 Landwirtschaft  
Im Hause

An das Amt 23.6 für Hygiene und öffentliche Gesundheit  
Im Hause

An die Generaldirektion  
Im Hause

An die Anwaltschaft des Landes 3.0  
Im Hause

An das Amt für Rechtsangelegenheiten des Territoriums 3.4  
Im Hause

An die Tierärztekammer der Provinz Bozen  
Bozen

CIRCOLARE N. 1Prot. n. 51244  
Bolzano, 31.1.2011Redatto da:  
Dr. Paolo Zambotto / mm  
Tel. 0471 63 51 00  
vet@provincia.bz.it

Alla lista di distribuzione

**Violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili**

Com'è noto, in Provincia di Bolzano l'applicazione delle sanzioni amministrative è disciplinata dalla Legge Provinciale (L.P.) 7 gennaio 1977 n. 9 e successive modifiche, di cui, con l'occasione, ai fini applicativi, si allega copia nella sua versione attuale (allegato 1).

Ai sensi dell'articolo 1 della stessa L.P. n. 9/1977, essa trova applicazione per **tutte le sanzioni amministrative** previste dalle norme provinciali, statali o regionali applicabili ai sensi degli articoli 105 e 106 del D.P.R. 31 agosto 1972 n. 670, recante "Approvazione del testo unico delle leggi costituzionali concernenti lo statuto speciale per il Trentino-Alto Adige", vale a dire nelle materie di competenza o comunque trasferite alla Provincia autonoma di Bolzano. Fra queste rientrano sia l'agricoltura e la zootecnia (articolo 8 del D.P.R. n. 670/1972) che il commercio e l'igiene e sanità (articolo 9 del D.P.R. n. 670/1972), dunque anche la sanità pubblica veterinaria.

Non va inoltre sottaciuto che tali ambiti di attribuzione sono stati ulteriormente ampliati dalla Legge Costituzionale 18 ottobre 2001 n. 3, che riformando il Titolo V della Costituzione Italiana ha ridisegnato la distribuzione delle competenze fra Stato e Regioni, prevedendo all'articolo 10, che fino all'adeguamento dei rispettivi Statuti, le disposizioni della Legge Costituzionale n. 3/2001 si applichino anche alle Regioni a statuto speciale e alle Province autonome di Trento e Bolzano per le parti in cui prevedono forme di autonomia più ampie rispetto a quelle già attribuite.

È noto come il Legislatore Nazionale avesse previsto per alcune specifiche fattispecie, già dal lontano 1997 con il D.Lgs n. 155/1997 (nostra circolare n. 23/1997), ma anche in tempi più recenti come ad esempio con l'articolo 6 comma 7 del D.Lgs n. 193/2007 (nostra circolare n. 4/2008), che prima di procedere alla contestazione, venissero impartite, tramite una sorta di "ammonimento", delle prescrizioni e che solo in caso di mancato adeguamento alle prescrizioni impartite, l'organo accertatore procedesse alla contestazione della violazione amministrativa. In tal modo il Legislatore Nazionale ha messo a disposizione degli organi di controllo un formidabile mezzo di pressione per ottenere il rispetto delle norme da parte degli interessati, che solo se insensibili alla sollecitazione ad applicare le norme stesse, venivano sanzionati.

In analogia con il Legislatore Nazionale, anche il Legislatore Provinciale, con l'articolo 21 della L.P. 23 luglio 2007 n. 6, ha voluto fornire agli organi accertatori operanti sul territorio provinciale un potente strumento di convincimento degli interessati, inserendo nel testo della L.P. n. 9/1977 l'articolo 4bis, alla cui attenta lettura si rimanda ai fini applicativi, che prevede, nelle ipotesi di violazioni amministrative che non danno luogo a danni irreversibili, che l'organo accertatore, anziché procedere alla contestazione immediata, indichi nel verbale di accertamento le carenze riscontrate, le prescrizioni di adeguamento necessarie per giungere al rispetto delle norme violate





e il relativo termine ultimo di adeguamento. La sanzione potrà essere irrogata solo nel caso in cui il trasgressore non si sia adeguato alle prescrizioni impartite nel termine prefissato.

A tale scopo va chiarito che l'irrogazione delle sanzioni avviene solo con l'emissione dell'ordinanza ingiunzione, e dunque solo ad opera dell'organo competente a fare ciò, mentre le fasi precedenti, eseguite dall'organo accertatore, sono appunto l'accertamento e la contestazione della violazione, ma non costituiscono l'irrogazione della sanzione stessa. Va ricordato che attualmente in Provincia di Bolzano, ai sensi dell'art. 7 della stessa L.P. n. 9/1977, nonché dell'art. 4 comma 5 lettere b) ed f) della L.P. n. 3/1983, l'organo competente ad irrogare le sanzioni per le violazioni dell'art. 672 C.P. (omessa custodia di animali) nonché per tutte le altre violazioni in materia veterinaria comunque contestate sul territorio provinciale, è il Servizio veterinario provinciale. Tale regola generale vede un'unica eccezione, dove l'organo competente ad irrogare la sanzione è l'UVAC, e cioè per le violazioni di cui all'art. 13bis del D.Lgs 30.01.1993 n. 28, nonché per quelle riferite a trasporti intracomunitari o verso Paesi terzi di animali, previste dall'art. 12 comma 3 del D.Lgs 25.07.2007 n. 151. **Anche l'UVAC è tenuto però ad applicare le procedure di cui alla L.P. n. 9/1977 e relativo Regolamento di esecuzione, stante il campo di applicazione della stessa L.P. n. 9/1977 (art. 1 comma 1) e il principio di territorialità di applicazione delle norme.**

Il pagamento in forma ridotta, previsto entro 60 giorni dalla contestazione, è un istituto giuridico che deriva dall'oblazione del Diritto Penale, e che estingue la violazione. Esso costituisce una sorta di "scappatoia" offerta al trasgressore per far sì che colui che giudica il caso non si debba occupare di esso, poiché in tal caso, egli avrebbe la facoltà di applicare fino al massimo della sanzione edittale.

Qualora poi il trasgressore violi la medesima disposizione nei cinque anni successivi al primo accertamento conclusosi con l'adeguamento alle disposizioni impartite, l'organo competente ad irrogare la sanzione procede direttamente ad irrogare sia la sanzione da ultimo accertata, che quella relativa all'accertamento precedente.

Dell'eventualità della doppia sanzione deve essere data notizia nell'atto di contestazione della violazione.

Con il Regolamento di esecuzione, poi, sarebbero state individuate le ipotesi di violazione amministrativa che non danno luogo a danni irreversibili (articolo 4bis, comma 1). Per la verità erano già state individuate, dal Legislatore Provinciale, successivamente all'entrata in vigore dell'art. 4bis sopraccitato, una serie di ipotesi di tali violazioni, senza che per altro alcuna riguardasse le materie di competenza veterinaria, motivo per cui non era risultato necessario dare alle SS.LL. alcuna indicazione in merito. Ora è stato varato il Decreto del Presidente della Provincia (D.P.P.) 27 ottobre 2010 n. 39 (allegato 2) pubblicato sul Bollettino Ufficiale della Regione del 30.11.2010, ed entrato in vigore il 15.12.2010. Successivamente è stata diramata dalla Direzione Generale di questa Provincia autonoma la circolare esplicativa n. 14 del 15.12.2010 (allegato 3).

L'articolo 1 del D.P.P. n. 39/2010 sopraccitato individua, per il settore che ci riguarda, quale violazioni amministrative che danno luogo a danni irreversibili, "le carenze idonee a produrre **ipotesi** di danno patrimoniale o non patrimoniale, nelle forme del danno biologico, esistenziale o morale", stabilendo che non danno luogo a danni irreversibili tutte le altre violazioni. Il Legislatore Provinciale ha dunque inteso, in via generale, disporre che le violazioni amministrative non danno luogo a danni irreversibili e che solo quelle "idonee a produrre ipotesi di danno patrimoniale o non patrimoniale, nelle forme del danno biologico, esistenziale o morale" devono essere oggetto di contestazione immediata.

Data la mole immensa delle disposizioni nazionali e comunitarie di pertinenza veterinaria (si pensi che il solo Regolamento di Polizia veterinaria – D.P.R. n. 320/1954, che costituisce solo una delle migliaia di disposizioni vigenti in materia veterinaria, consta di 165 articoli, ognuno dei quali contiene diverse disposizioni che possono essere violate) nonché la loro continua e rapida evoluzione soprattutto in sede comunitaria, e poiché per ogni disposizione esiste un precetto e dunque una sua possibile violazione, risulta di tutta evidenza che è impossibile stilare un elenco dettagliato delle violazioni "idonee a produrre ipotesi di danno patrimoniale o non patrimoniale, nelle forme del danno biologico, esistenziale o morale". In coda alla presente circolare viene pertanto stilato un elenco, necessariamente non esaustivo, delle più frequenti violazioni che si



verificano in materia veterinaria e che a parere dello scrivente possono essere "sanabili" in sede di prima violazione, attraverso delle prescrizioni o attraverso la rapida acquisizione delle informazioni previste, assieme alle principali norme di riferimento.

L'organo accertatore operante sul territorio della Provincia di Bolzano dovrà dunque, a far data dall'entrata in vigore del D.P.P. n. 39/2010, prima di redigere un verbale di contestazione, porsi **SEMPRE** il quesito se la fattispecie che intende contestare rientri o no nella disciplina prevista dal D.P.P. sopraccitato quale violazione che consente un adeguamento alla norma violata. Solo qualora la violazione **possa** dar luogo ad un danno irreversibile, dovrà essere fatta la contestazione immediata. In ogni caso, qualora l'organo accertatore ritenga che la norma violata rientri fra quelle che prevedono la contestazione immediata, soprattutto se il comportamento anti giuridico è fra quelli presenti nell'elenco al fondo della presente circolare, egli **DOVRÀ scrivere nel verbale le motivazioni che lo hanno condotto a tale decisione**, in modo che l'organo deputato a redigere l'ordinanza ingiunzione possa, se del caso, condividere il ragionamento dell'organo accertatore e dare seguito alla sanzione stessa senza doverla archiviare. Qualora l'organo accertatore ritenga invece di applicare alla fattispecie la prescrizione ad adeguarsi alle norme il cui mancato rispetto è stato accertato, dovrà essere cura del medesimo organo accertatore, di regola, verificare il successivo adeguamento da parte dell'interessato alle prescrizioni impartite. È chiaro che quando si tratti di accertamenti occasionali, come quelli avvenuti ad esempio per strada, sarà estremamente improbabile per l'organo accertatore tornare a verificare la stessa persona, ma egli potrà in ogni caso trasmettere a questo Servizio veterinario provinciale copia dell'accertamento effettuato in modo che a carico dell'interessato possa essere aperto un fascicolo che resterà in attesa di eventuali reiterazioni specifiche nei successivi cinque anni.

Risulta evidente che, qualora venga effettuata dall'organo accertatore una contestazione immediata, quando invece la violazione sarebbe potuta rientrare nella disciplina di questa sorta di "ammonimento", il verbale di contestazione stesso sarà gravato da una illegittimità procedurale che porterà inevitabilmente all'archiviazione dello stesso. In ogni caso, qualora ciò dovesse avvenire, questo Servizio veterinario provinciale considererà questa prima contestazione, ancorché archiviata per motivi procedurali, quale ammonimento avvenuto nei confronti dell'interessato qualora dovesse essere accertata una reiterazione specifica da parte dello stesso nei cinque anni successivi.

Va da sé che quando il danno patrimoniale o non patrimoniale è accertato, come nel caso di animali vaganti che hanno provocato incidenti o di cani morsicatori che hanno ucciso o ferito altri animali o persone, oppure come è il caso di introduzione in allevamento di un animale poi rivelatosi infetto da una malattia oggetto di profilassi obbligatoria, la contestazione immediata risulterà inevitabile.



### ESEMPI DI APPLICAZIONE:

Le violazioni sotto elencate si intendono non produttive di danni irreversibili SOLO se sanabili in tempi relativamente stretti. Le norme elencate devono leggersi comprensive delle eventuali modifiche intercorse nel tempo.

<i>Comportamenti antigiuridici</i>	<i>Norme violate</i>
1. Assente o ritardata identificazione degli animali – assente o ritardata comunicazione delle movimentazioni di animali all'Autorità competente – assente o ritardata annotazione nei registri previsti	Decreto del Direttore del Servizio veterinario provinciale (DDSVP) 22.06.2001 n. 18/2480 (identificazione dei bovini e rintracciabilità delle relative carni) – DDSVP 05.05.2003 n. 31.12/86.31/1320 (identificazione dei cani) – DDSVP 08.11.2005 n. 31/1996 (registro per negozi di animali, pensioni, centri di toelettatura e di addestramento in applicazione dell'Accordo Stato-Regioni 06.02.2003) – DDSVP 29.05.2008 n. 31.12/295281 (identificazione dei suini, ovini, caprini ed equini) – Legge 04.11.2010 n. 201 (ratifica della Convenzione di Strasburgo), art. 5
2. Assenza di documentazione sanitaria di scorta agli animali per l'introduzione in allevamento, centro di raccolta o macello qualora la stessa o le informazioni in essa contenute siano acquisibili	D.P.R. n. 320/1954, Regolamento di Polizia veterinaria, art. 31 – DDSVP 29.12.1995 n. 46/2655 (profilassi dell'IBR) – DDSVP 09.03.1999 n. 32/745 (profilassi della malattia di Aujeszky) – DDSVP 31.07.2001 n. 35/2766 (Profilassi delle malattie dei pesci) – DDSVP 21.04.2004 n. 32/800 (profilassi della tubercolosi, brucellosi e leucosi dei bovini e della brucellosi dei ovini e dei caprini) – DDSVP 22.10.2007 n. 351624 (profilassi della CAEV) – DDSVP 10.03.2009 n. 31.12/136762 (profilassi della BVD) – DDSVP 14.12.2009 n. 31.12/712466 (Profilassi della rabbia) – O.M. 06.08.2010 (Profilassi dell'anemia infettiva degli equidi)
3. Violazioni alle modalità di detenzione degli animali	Allegato alla L.P. 15.05.2000 n. 9 (Protezione degli animali) e D.P.P. 11.07.2005 n. 31 (Regolamento di esecuzione alla L.P.)
4. Irregolarità documentali nel trasporto di animali	Regolamento (CE) n. 1/2005 (protezione degli animali durante il trasporto) – D.Lgs 27.05.2007 n. 151 (sanzioni al Regolamento (CE) n. 1/2005)
5. Irregolarità documentali per l'applicazione del Regolamento (CE) n. 1774/2002	D.Lgs 21.02.2005 n. 36 (sanzioni per le violazioni al Regolamento (CE) n. 1774/2002)
6. Irregolarità nelle registrazioni dei farmaci	D.Lgs 06.04.2006 n. 193 (codice comunitario dei medicinali veterinari)
7. Carenze nella rintracciabilità dei mangimi e dei prodotti alimentari	Regolamento (CE) n. 178/2002 (requisiti generali della legislazione alimentare), art. 18 – D.Lgs 05.04.2006 n. 190 (sanzioni per le



- violazioni al Regolamento (CE) n. 178/2002)
- |  |  |
|--|--|
| 8. Carenze igieniche, strutturali o documentali previste dal pacchetto igiene  | D.Lgs 06.11.2007 n. 193 (sanzioni al pacchetto igiene)   |
| 9. Violazioni all'etichettatura dei prodotti alimentari  | D.Lgs 27.01.1992 n. 109 (etichettatura dei prodotti alimentari)  |
| 11. Violazioni in ambito della vendita diretta dei prodotti agricoli – mancata comunicazione di macellazioni domiciliari | Articoli 1 e 5sexies della L.P. 14.12.1999 n. 10 e D.P.P. 26.09.2008 n. 52 (Regolamento di esecuzione alla L.P.) |

**Certi di non aver esaurito l'argomento, che sarà oggetto di specifici prossimi incontri con gli organi accertatori** al fine di giungere ad una omogeneità applicativa, si rimane a disposizione per ogni ulteriore chiarimento.

Il Direttore del Servizio veterinario provinciale

- Dr. Paolo Zambotto -

**Allegati**

1. L.P. n. 9/1977 nella sua versione attuale
2. D.P.P. n. 39/2010
3. circolare della Direzione Generale di questa Provincia autonoma n. 14 del 15.12.2010

**Lista di distribuzione**

Al Direttore del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige  
Bolzano

Al Responsabile facente funzione dell'area Sanità animale del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige  
Bolzano

Ai veterinari coordinatori degli Compensori sanitari del Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige  
Loro sedi

Ai veterinari dipendenti dal Servizio veterinario dell'Azienda sanitaria dell'Alto Adige  
Loro sedi

All'Ufficio veterinario per gli Adempimenti CE del Trentino-Alto Adige  
Vipiteno

Al Comando Carabinieri NAS  
Trento

Al Comando Carabinieri NOE  
Trento

All'Ispettorato Centrale Repressione Frodi  
S. Michele All'Adige (TN)

Al Comando provinciale Carabinieri  
Bolzano

Alla Sezione Polizia Stradale di Bolzano  
Bolzano

Al Comando Guardia di Finanza  
Bolzano

A tutti i Comandi di Polizia Municipale dei Comuni dell'Alto Adige  
Loro sedi

Al Laboratorio analisi alimenti 29.7  
Sede

All'Istituto Zooprofilattico Sperimentale delle Venezie – Struttura complessa territoriale di Bolzano  
Bolzano

Per conoscenza:

Alla Procura della Repubblica di Bolzano  
Bolzano



Alla Ripartizione 31 Agricoltura  
Sede

All'Ufficio 23.6 Igiene e Salute pubblica  
Sede

Alla Direzione generale  
Sede

All'Avvocatura della Provincia 3.0  
Sede

All'Ufficio affari legali del territorio 3.4  
Sede

All'Ordine dei medici veterinari della provincia di Bolzano  
Bolzano